

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. 2 Pf. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Mort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.  
Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Petit)-Zeile ober deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Seite 40 Pfg. Verantwortlichkeit für Platz, Datenrichtigkeit und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Kassekonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.  
Annahmehöhe für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 36.

Donnerstag, den 24. März 1927.

20. Jahrgang.

Glaube nur, du hast viel getan.  
Wenn dir Geduld gewöhnlich ist.

## Revidiert den Rüstungsstand!

Die Abrüstungsdebatte des Genfer Völkerbundesauschusses dauert erst wenige Tage, und trotzdem hat der bisherige Verlauf der Aussprache schon recht deutlich gezeigt, welche Schwierigkeiten einer wirklichen Abrüstung entgegenstehen und wie schwach der Wille zu einer tatsächlichen Abrüstung ist. Ueberhaupt handelt es sich nicht so sehr um eine Herabsetzung, wohl aber um eine Begrenzung der Rüstungen. Das Ueberwiesene ist, daß Frankreich der Meinung ist, ein eventuelles Abrüstungsabkommen dürfe die Bestimmungen des Versailler Friedens nicht beeinträchtigen. Das heißt mit anderen Worten: Frankreich will Deutschlands einseitige Entwaffnung vermeiden und die vier entworfenen Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien von den Vorteilen eines eventuellen Abrüstungsabkommens ausschließen! Ja, man geht sogar noch weiter und will diesen Staaten auch nicht gestatten, bei besonderen Gefahren um eine vorübergehende Erhöhung ihres Rüstungsstandes nachzusuchen oder eine solche vorzunehmen! Die Abrüstung soll also darin bestehen, daß der jetzige Rüstungsstand stabilisiert wird!

Das ist das Kernstück des französischen Abrüstungsdenks, der jetzt als Antwort auf den englischen Abrüstungsvorschlag veröffentlicht wird. Auch sonst weicht der französische Entwurf in einigen wesentlichen Punkten von dem englischen ab. Frankreich will die Abrüstung auf eine Begrenzung der Effektivebestände beschränken, den stehenden Heeren aber auch Polizeiträfte, Gendarmen, Zollbeamte, Förster und sonstige Organisationen" hinzurechnen, die für Kriegszwecke ohne Mobilmachung Verwendung finden können! Ein Staat, der von einem ungerechtfertigten Angriff bedroht wird, soll — wenn er nicht zu den vier entwaffneten gehört — sofort von allen Bestimmungen des Abrüstungsabkommens befreit sein. Bei der Begrenzung der Luftkräften in England soll auch der Stand der Zivilflugschiffe, und bei der Begrenzung der See-Rüstungen die Gesamttonnage aller Schiffe berücksichtigt werden. Zur Kontrolle der Rüstungsausführung soll eine Ständige Kommission für Abrüstung gebildet werden, in der neben den Ratsmächten auch Kanada und Amerika vertreten sein sollen. Die Kommission soll im übrigen mit zwei Drittel Mehrheit Untersuchungen anordnen und Anträge einzelner Staaten auf eine Revision ihres Rüstungsstandes auf ihre Berechtigung hin nachprüfen.

Aus der eigentlichen Sitzung selbst verdient vor allem eine Rede des Grafen Bernstorff Erwähnung, in der dieser eine grundsätzliche Darlegung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem gab. Graf Bernstorff betonte mit allem Nachdruck, daß nach den vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen nun auch Daten folgen müßten und fuhr fort: „Gerade die auf Grund internationaler Verträge abgerüsteten Staaten — also in erster Linie Deutschland — haben ein Recht darauf, daß nunmehr die allgemeine Abrüstung erfolgt, nachdem zumal die deutsche Abrüstung restlos durchgeführt ist. Diese Abrüstung sollte ja nach dem Versailler Vertrag schon die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbegrenzung sein. Mit Befriedigung begrüßen wir den praktischen Vorschlag von Lord Cecil. Eine Teillösung wäre unbedeutend, das Problem ist vielmehr in seiner Gesamtheit zu erfassen. Was aus uns lastet, ist das Gewicht übermäßiger Rüstungen und die Gefahren des unangemessenen Rüstungsnebens. Diese Unausgeglichenheit macht die Wirkungslosigkeit des Völkerbundes im Interesse der Friedenssicherung problematisch. Unsere wichtigste Aufgabe ist also die Herabsetzung der Rüstungen. Nach dem Worte des Vertreters Stakens: Die Revision des gegenwärtigen Abrüstungsstandes! Hier müssen tatsächliche Ergebnisse erzielt, Scheinlösungen, die nur neue Gefahren bringen, vermieden werden. Zu erster Mitarbeit beim Werke wahrhafter Abrüstung entschlossen, könnte die deutsche Regierung unbefriedigenden Lösungen ihre Zustimmung nicht geben. Endlich muß eine Abrüstung und Ausgleichung der Rüstungen sein, die allein dem Völkerbund vollste Aktionsmöglichkeit gewährt. Nach Festlegung dieses Endzieles werden die

Wege zu suchen sein, auf denen — eventuell in Etappen — erreicht werden kann. Jeder Weg, der zum Ziele führt, ist willkommen, nur nicht die Sadgasse einer Scheinlösung. Die Lösung des Abrüstungsproblems ist der Grundstein für den Völkerverbund. In den Artikeln der Völkerverbundstatute ist die Abrüstung allen anderen Aufgaben des Bundes vorangestellt.“

Die Ausführungen des deutschen Vertreters verdienen ernste Beachtung! Umso bedauerlicher ist es, daß die Kommission den Redner gegen ihre sonstige Gewohnheit stillschweigend angehört hat. Wenn man Frieden und Abrüstung will, muß man aber auch den Mut haben zur Befestigung der letzten Rüstungsungleichheit, die ganz gewiß nicht den Frieden fördert. Die Abrüstung ist ein Prüfstein für den Völkerverbund und es wird viel davon abhängen, wie er diese Aufgabe löst.

## Schreckensszenen in Shanghai.

Plünderungen — Brände — Maschinengewehrfeuer.

Die Verwirrung in Shanghai hat in den Abendstunden des Dienstags ihren Höhepunkt erreicht. In verschiedenen Stadtteilen hatten sich noch einzelne Abteilungen der Nordtruppen verhalten, von denen 10 000 Mann plötzlich von einer 3000 Mann starken Abteilung der Kantonnarmee überrollt wurden. Die Nordtruppen, die auf die Kantonntruppen erst aufmerksam wurden, als diese das Feuer aus Maschinengewehren eröffneten, ergriffen sofort die Flucht in Richtung auf die Grenze der internationalen Niederlassung, die an dieser Stelle von ungefähr einem Duzend britischer Infanteriekräfte besetzt war. Die Nordtruppen brachen durch die Barrikade,

drangen in die Niederlassung ein und feuerten nun von hinten auf die britischen Soldaten und auf die anrückenden Kantonntruppen. Daraufhin antworteten die britischen Soldaten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, bis die Eindringlinge ihre Waffen streckten.

Bezeichnend für das Chaos, das außerhalb des Niederlassungsgebietes herrschte, ist der Umstand, daß die Nordtruppen bis zum Dienstagabend noch einen Panzerzug laufen ließen, der auf alles feuerte, was ihm in den Weg kam. Die Besatzung des Panzerzuges „Große Mauer“ bestand aus 35 weißgardistischen Russen, die für ihr Schicksal fürchteten und sich erst nach erbittertem Widerstand ergaben. Sie werden von den Kantonntruppen vor ein Kriegsgericht gestellt. Ganz besonders hart mitgenommen ist das chinesische Stadtviertel Tschapei, in dem sich

### unbeschränkte Szenen

abspielten. In einer Neutermeldung darüber heißt es:

Man hört nur Schüsse und Schreie von Frauen und Kindern, die hysterisch hin- und herlaufen. Viele der Frauen sind unbedeutend, da sie von den Soldaten auf der Jagd nach Beute ihrer Kinder beraubt worden sind. Schwer mit Beute beladene Soldaten schlugen sich mit Maschinengewehren und bahnten sich einen Weg durch die von Menschen gefüllten Straßen, indem sie feierten und zahlreiche Beute lösten. Der Abendhimmel wird erhellt durch die sich ausbreitenden Feuersbrünne. Die Straßen sind mit Getriebene besetzt. Die Bewohner dieses Stadtviertels strömen scharenweise unter dem unaufhörlichen Gewehrfeuer nach der internationalen Niederlassung. Auf den Straßen drängen sich in unübersehbarer Menge Autos, Schubkarren, Automobile und andere Fahrzeuge, auf die meist in aller Eile die verschiedensten Habseligkeiten gepackt wurden.

Höhe britische Offiziere, Oberstleutnant Heywood, und der Generalkommissar von Shanghai, Major Johnson, hatten in der Eingeborenenstadt mit dem nationalchinesischen Führer eine Unterredung. Bei ihrer Rückkehr nach der Niederlassung wurden sie durch eine Kundgebung aufgehalten und befanden sich vorübergehend in erster Gefahr, wurden aber im letzten Augenblick durch eine Eskorte, die der Kantonnbefehlshaber in einem Automoble hinterhergeschickt hatte, gerettet. In den späten Abendstunden versuchten Soldaten der Nordarmee abermals in das internationale Viertel Eindringungen. 200 von ihnen waren eben bewaffnet worden, als sich 700 weitere einfanden und den Versuch machten, mit Gewalt hineinzukommen. Sie schossen auf die britischen Soldaten, die das Feuer erwiderten. Dabei wurden

etwa 20 Chinesen getötet.

Zwei britische Soldaten wurden verletzt. Mehrere Schrapnellstücken fielen in das internationale Viertel, wo sie Schaden anrichteten. Die Zahl der chinesischen Gesamtverluste bei den Zusammenstößen mit den britischen Soldaten beläuft sich auf etwa hundert Tote und Verwundete. Die Straßensituation ist unbedeutend. Der internationale Handel liegt völlig lahm.

## Die Kantonntruppen schaffen Ordnung.

Einmarsch der ersten Nationalarmee. Die Kantonnregierung auf dem Wege nach Shanghai.

Nach den letzten Meldungen hat die Schießerei in der Chinesenstadt aufgehört, doch sind noch zahlreiche Brände zu beobachten. Der bisherige Widerstand Shanghais hat sich ergeben und die Kantonntruppen gehen. Anzudeuten ist die erste Nationalarmee unter General Kweihsungji in Shanghai einmarschiert. Die Truppen greifen energisch durch und schaffen Ordnung. Die Herrschaft der Plünderer, Handgranatenwerfer, Freischützen, Kistenbanden und Agitatoren geht zu Ende. Die Kantonnregierung befindet sich auf dem Wege nach Shanghai.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 24. März 1927.

Das Reichspostministerium bezeichnet alle Meldungen über eine Erhöhung des Briefposttarifs als unrichtig.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags hat einen demokratischen Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle abgelehnt.

Der kommunistische Geschäftsführer Oßgenst-München ist wegen Verleumdung des bayerischen Justizministers zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Der verantwortliche Redakteur des kommunistischen „Ruheschos“, Schwarz-Essen, ist wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer sechsmonatigen Festungshaft und 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Neue blutige Krawalle in Berlin. In der Nacht zu Mittwoch kam es an verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei. Eine ganze Reihe von Personen, unter ihnen auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Thälmann, ist verletzt worden. Die Verletzten wurden den Rettungswachen zugeführt und verbunden. Die meisten Verwundeten konnten dann wieder nach ihrer Wohnung entlassen werden. Bei einigen Personen sind die Verletzungen nicht unerblicklicher Natur. Von der Polizei wurden etwa zwanzig Verhaftungen vorgenommen. In dem Polizeibericht über die Krawalle heißt es: Nach den bisherigen Feststellungen sind die Schutzpolizeibeamten von den Demonstranten planmäßig angegriffen worden. Mehrere Beamte wurden hierbei durch Messerstiche, Steinwürfe und Schlagringe erheblich verletzt. Einer der Demonstranten ist seinen Verletzungen erlegen.

Keine Auflösung des Schweriner Landtags. Bei der Abstimmung im Schweriner Landtag über den Antrag der Kommunisten auf Auflösung des Landtages wurden für die Auflösung 29 Stimmen abgegeben, gegen die Auflösung 20. Es ist damit nicht die nötige Zweidrittelmehrheit für den Auflösungsbeschluss erreicht. Für die Auflösung auf Auflösung ist somit abgelehnt. Für die Auflösung stimmten die Reichsparteien, die Wirtschaftler, die Kommunisten und auch die Demokraten, gegen die Auflösung nur die Sozialdemokraten.

Um die Auflösung der Marinevorgänge 1917. Ein Untersuchungsausschuss des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs vernahm den früheren Oberbefehlshaber des U-Boots „Prinz Luitpold“, der seinerzeit zum Tode verurteilt worden war. Zeuge bezeugte als letzte Ursache für die Marinereue die Unzufriedenheit mit dem vorgelegten Essen. Gegen den Kriegsgerichtsrat Dobling erhob Becker den Vorwurf der Zeugenbeeinflussung.

## Rundschau im Auslande.

Die politische Innenminister hat die unabhängige Bauernpartei und die wehrlose „Bromada“ aufgelöst.

Die türkische Regierung beschloß, sich an der Weltwirtschaftskonferenz im Mai zu beteiligen.

In Albanien ist ein junger, katholischer Priester wegen angeblicher politischer Intrigen zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet worden.

### Neue deutsche Erfolge in Kantonien.

In Kantonien fand die zweite Sitzung des neu-gewählten Stadiparlaments statt, die sich im wesentlichen mit der Wahl der unbedeutenden Stadträte beschäftigte. Das Ergebnis, das für die Deutschen lieb ist, für die Polen aber und für die Vereinigte Mehrzahl eine Stadtrat erbrachte, bedeutet einen großen deutschen Sieg.

### Tagung der internationalen Ackerbaukommission.

Die internationale Ackerbaukommission ist in Paris zusammengetreten und hat nach längerer Beratung, an der auch der deutsche Vertreter, Dr. Wegner, teilnahm, einen Bericht angenommen, in dem festgestellt wird, daß die Weltproduktion der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die schwere Lage der Landwirtschaft in den meisten Ländern der Welt sei und daß fast überall der Verkaufspreis der landwirtschaftlichen Produkte niedriger ist als die Herstellungskosten.

## Große Rede Grzesinski.

Der preussische Innenminister über die Berliner Skawalle.

Berlin, den 23. März 1927.

Der Preussische Landtag beginnt heute mit der Beratung des Innenministeriums. Eine kommunistische Anfrage wegen der Wiedererrichtung des Reichsinnenministeriums von Keubell in den preussischen Staatsdienst wird mit der Beratung des Haushalts des Innenministeriums verbunden. Danach werden noch einige andere Punkte der Tagesordnung erledigt. Ein umfangreiches Wiedererbauprogramm der Reichsanstalten wird dem Hauptausschuss überwiesen.

An den Ausläufer geht der Inhalt der Rede, die der Regierungspartei über die Veränderung des Grundgesetzes in der Verfassung, das eine Verlängerung der bisherigen Bestimmungen bis zum 31. März 1928 und außerdem neue Sätze für die Bekämpfung der Landwirtschaft vorsetzt.

Die Beratung des Haushalts des Innenministeriums beginnt mit einer Rede des

### Innenministers Grzesinski.

in der dieser in der Hauptsache die letzten Aufhebungen und Aufhebungen in Berlin behandelt. Der Minister bezeichnet diese Störungen als den Ausbruch eines Rombis- und Straßensubversivens und wünscht, daß die letzten Landesfriedensbrecher ohne Ansehen der Person die ganze Strafrecht der Strafrecht fühlten. Die Meinungs- und Demonstrationen solle nicht bestraft werden. Die Quelle der Unruhe soll energisch verpöcht werden. Uebrigens hätten die letzten Sitzungen auch nicht die Bedeutung derjenigen der verflochtenen Zeit, die sich meistens zugleich gegen die Fundamente des heutigen Staates richteten. Die preussische und die deutsche Republik ständen in jeder Weise aufrecht da, und die Machtmittel des Staates seien stark genug.

### Unbefriedigungen fast unmöglich zu machen.

Der Berliner Polizeipräsident habe mit Recht unangenehme und unsichere Vorgänge entlassen. Von Maßnahmen, die der Beamten könne eine Rede sein. Ein Polizeioffizier, der die öffentliche Ordnung und Ruhe sicherzustellen habe und der das Erfordernisse nicht tue, müsse entfernt werden. Diejenigen und ihre Hintermänner, die am Dienstag in Berlin Schutzpolizisten überfallen und verwundet hätten, müßten sich dessen auf tiefste schämen.

Der Minister betont, er werde mit allen Mitteln diejenigen bekämpfen, die die Meinungs- und Demonstrationen freiheit anderer führen und hindern wollen. Er werde auch Vereinigungen, die sich an die Staatsverrichtungen nicht gewöhnen können, zur Auflösung bringen. Der Minister äußert sich dann in einzelnen über die Vorgänge am letzten Sonntag und erklärt, er werde gerade der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in nächster Zeit die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden, weil sie die Absicht habe, durch bewaffnete Straßentruppen die Ausgehungen anders Denkender zu führen. Weiter verweist auf die Waffenfunde in den nationalsozialistischen Versammlungen. Jedoch hätten sich auch die Kommunisten der Waffensammlung, in letzter Zeit hervorragend an Ueberfällen beteiligt. Derartige Organisationen müßten der Auflösung verfallen.

Er denke nicht daran, das Stockloch aufzuheben, er werde im Gegenteil dafür sorgen, daß diese Bestimmungen noch schärfer gehandhabt werden. Das beste wäre, wenn es gelänge, den Privatpersonen die Waffen überhaupt abzunehmen. (Hört, hört! recht.) Die Durchsuchungen der ehemaligen Angehörigen der „Dilmpia“ nach Waffen durch den Berliner Polizeipräsidenten hänge er, und die Polizei werde auch in ähnlichen Fällen in Zukunft Durchsuchungen vornehmen lassen. Notwendig sei jedoch, daß die Parteien von den Außenländern ganz entbunden erübrinten. Der für den 8. März anberaumte Reichstags-Sitzung habe in meisteilen Grisen

## Die Rothersteins.

Roman von Erich Eberten.

Deutscher Brovings-Verlag, Berlin B 66. 1925.

Es war ja nicht möglich! Der Glückfall wäre ja groß — zu unwahrscheinlich gemessen! Und doch — er trug ja die Proben in der Tasche. Es war keiner Anthrazit. Und er hatte mit seinen eigenen Händen das Nest entdeckt, aus dem er kamme, das der Erdrutsch bloßgelegt hatte, und aus dem das Wasser nur die Kohlenblende herauswusch.

Auch die geologischen Bedingungen waren ja vorhanden — Tonstieferer und Grauwacke in stürzender Weibergsformation. Wenn der Flöz, den er entdeckt hatte, nur einige Mächtigkeit besaß, so war Do eine reiche Frau, reicher vielleicht binnen kurzem als alle Rothersteins zusammen.

Wie betäubt lehrte er endlich nach Monrepos zurück. Frau Went erschraf, als sie ihn erblickte. „Um Gottes willen, Erlaucht sehen ja aus, als hätten Sie einen Unfall gehabt! Sind Sie gefürzt?“ „Nein!“ — Hüdtiger war ein schlächter Blick in dem Spiegel. „Ich bin nur ein wenig am Wasser herumgeleitet und habe mich dabei beschmutzt. Aber sagen Sie, Frau Went, wo könnte ich denn rasch einen Wagen zur Station bekommen?“

„Erlaucht wollen schon wieder fort von Monrepos?“ fragte die Wirtschaftlerin befürzt. „Nur für ein oder zwei Tage. Ich muß nach Wien und möchte den Abendhänkezug benutzen.“ „Im „Goldenen Löwen“ haben sie Wagen. Ich will Federlein gleich hinsenden.“ „Dun Sie das, bitte. Ich werde mich inzwischen

„Eine knappe halbe Stunde später besitz Hüdtiger den Wagen, den Federlein gebracht hatte. Als er Frau Went die Hand zum Abschied reichte, sagte er: „Nicht wahr, Sie vergessen nicht, längstens bis übermorgen zwei bis drei Koffer in Bereitschaft zu setzen für die Herren, die ich wahrscheinlich mitbringen werde?“

ter Wiedereröffnung untrug hervorzuerufen. Was an ihm fehlte ergründen, den Stabstimm-Tanz zu verbieten, seine Entscheidung ab. Er warne jedoch die Veranstalter, alles zu vermeiden, was als eine Provokation angesehen werden könnte. Der Tanz habe politischen Charakter. Er könne den anderen nur empfehlen an Pause zu bleiben.

Hr. Anker (Soz.) spricht dem früheren Minister Zerrung den Dank dafür aus, daß er so auherordentlich viel zur Konfliktlösung des Staates beigetragen habe. Vor allem sei die Demokratisierung der Verwaltung nötig. Die Personalpolitik des Ministers sei in diesem Jahre fast nur nicht angegriffen worden.

Hr. Dr. Schmedding (Ztr.) dankt zunächst dem auf seinem Abgeordnetenamt anwesenden früheren Innenminister Eversing für seine Beiträge und stimmt den Grundgedanken der Politik Minister Grzesinski, bis auf den Einheitsstaat, zu. Alle Wünsche, die nicht unbedingt vom Staat zu erfüllen sind seien zur Stärkung des Prinzips der Selbstverwaltung vom Staat abzugeben.

Hr. Bader (Dnt.) erklärt, daß selbstverständlich ein Beamter treu zur Verfassung stehen und den Staat schützen muß. Redner kritisiert eingehend die Personalpolitik des Ministers.

Hr. Dr. v. Richter (D. W.) hofft, daß die politische Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen sich reibungslos gestalten möge. Redner meint am Schluß, dem Staat werde besser gedient durch radikale Einstellung zum Beamtentum als durch flehliche Personalpolitik.

Darauf werden die Weiterberatungen auf Donnerstag vertagt.

## Die Parteien über Genf.

Fortsetzung der außenpolitischen Reichstagsdebate.

Berlin, den 23. März 1927.

Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung, in der die Beratung des Haushalts des Außenministeriums fortgesetzt wird, entzündet sich eine längere Debatte über die Bedeutung der Fraktionslosigkeit. Danach wird die Haushaltsberatung

als erster kommt Hr. Dr. Haas (Dem.) zu Wort, der die Stellung seiner Fraktion zu den letzten Verhandlungen in Genf darlegt. Redner führt aus: Wir stehen die Regierung an, daß sie in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der oberirdischen Schulfraße auf einmündige Rechte verzichtet hat, und daß das Ungeheuer eines militärischen Vordringens an der Saar scheint uns auch für die Zukunft auherordentlich bedenklich zu sein. Wir erkennen aber die Schwierigkeiten, in denen sich der Außenminister befindet, an. Wir wünschen der Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik große Erfolge und hoffen, daß in absehbarer Zeit die Abseitsdrängung erreicht wird.

Während der Rede des Hr. Haas macht Außenminister Dr. Stresemann einen Zwischenruf. Der Minister befreit entschieden, daß die Beziehungen zwischen ihm und Jacelt in Genf auf engeste Vertrauensbasis zurückzuführen seien. Eine solche Einmündigung sei nicht erfolgt. Der polnische Außenminister habe aus eigener Unerkennung gehandelt.

Hr. Dr. Bredt (Wirtsch. Bg.) bezeichnet es als auffällig, daß die außenpolitische Debatte ein so geringes Interesse im Parlament findet. Die größte bisherige Oppositionspartei, die Deutschnationalen, sei kaum anwesend und die Sozialdemokraten seien die Fortführung ihrer eigenen Außenpolitik vor sich. Wirtsch. zu schreiben sei seiner mit dem Ergebnis von Genf. Die letzte Außenpolitik sei zwangslos geworden. Der Außenminister könne sich deshalb auf eine Einheitsfront stützen. Für die Abseitsdrängung habe Holroy keine günstige Lage geschaffen.

Hr. Emingner (Wagr. Bg.) erklärt, die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unmerklich verschlechtert. Freide, Freiheit, Gleichberechtigung müssen die Vertreter unserer Außenpolitik sein.

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann

geht hierauf auf die Kritik der Genfer Verhandlungen ein. Kommunistische Behauptungen über feste Vereinbarungen zwischen England, Deutschland und Italien gegen Ausländer seien erfinden und müßten entschieden zurückgewiesen werden. Der Minister fährt fort: Auch ich halte das Ergebnis der letzten Genfer Verhandlungen für unbefriedigend. Man sagt, wir hätten uns lieber im Völkerbundrat überstimmen lassen sollen. Im Völkerbundrat wurde überstimmt, das nicht abgestimmt, sondern immer eine Einigung gelobt wurde. Es wäre vielleicht sehr bedenklich gewesen, diese Tradition zu verletzen in dem Augenblick, wo zum ersten Mal der deutsche Außenminister den Vorstoß machte. Das Objekt hätte kaum zu Einfluß gelobt. Ein möglicher Sieg hätte uns vielleicht die Bahn für weitere Fortschritte eröffnet. Schließlich war doch ein Ziel ebenso wie das des

„Genf, Erlaucht können sich darauf verlassen. Die Herren werden auch hier Speisen, nicht wahr?“

„Ja, Versehen Sie sich mit allem Nötigen. Die Einquartierung wird vermutlich ein paar Tage dauern. Und einshündigen Sie mich bei Barner Andermatt. Sagen Sie, es sei mir unmöglich gewesen, noch persönlich zu kommen; doch werde ich ihm später alles erklären.“

Die Wirtschaftlerin sah dem fortrollenden Wagen topfischütelnd nach.

„Wenn ich nur wüßte, was all dies zu bedeuten hat“, sagte sie zu Federlein. „Der Graf ist ja ganz verdammt. Und wenn er wohl mitbringt aus Wien?“ Federlein zuckte philosophisch die Achseln.

„Was mich nichts angeht, darüber zerbreche ich mir auch nicht den Kopf. Wir werden's ja sehen, wer kommt.“

Damit zündete er sich seine lange Pfeife an — ein Erbstück seines verstorbenen Gebieters — und verschwand im Hause.

### 24. Kapitel.

In Grafenegg konnte man sich nicht erklären, warum Hüdtiger so lange in Monrepos blieb.

Sein Aufenthalt dort dauerte nun schon in die dritte Woche und in den kurzen Lebenszeiten, die er ab und zu an seinen Vater fandte, war kein Grund angegeben für diese unvorhergesehene Verlangung.

Und doch wäre seine Anwesenheit hier schon dringend nötig gewesen. Denn draußen in der Fabrik wollten die Unstimmigkeiten kein Ende nehmen. Alle Augenblicke gab es Differenzen zwischen den Arbeitern und Brömel. Man ignorierte dessen Befehle, war offenen Widerwilligkeiten gekommen, so daß Brömel sich zu Entlassungen genötigt sah, um seine Autorität zu wahren.

Dies machte erst recht böses Blut. Zudem fanden die Arbeiter plötzlich, daß sie schlechter bezahlt seien als die Buchhauer Gewerksleute.

Völkerbundrats, daß endlich die transponen zruppen aus dem Saargebiet entfernt werden. Wir haben in Genf nicht alles erreicht, was wir wollten; aber wir hätten nicht einmal so viel erreicht, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen wären. (Beifall.) In der

### oberirdischen Frage

sind unsere eigenen deutsch. Volksgenossen in Polnisch-Ober-schlesien in ihren Forderungen an den Völkerbund nicht so weit gegangen, wie die deutschen Vertreter in Genf. Tatsächlich erreicht, was wir wollten; aber wir hätten nicht einmal so viel erreicht, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen wären. (Beifall.) In der

Im weiteren Teil seiner Ausführungen erklärt Minister Dr. Stresemann, daß die Verabredung der Abseitsdrängung sei darauf zurückzuführen, daß Briand mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Das bedeute aber keineswegs eine Verschiebung des deutschen Schrittes in der Währungsfrage auf unbestimmte Zeit. Vorwärts wäre schon ein Schritt, wenn man rings um Deutschland Balonete auf Balonete hätte. Auch die Dawespolitik wäre ohne eine allgemeine Erklärung kaum denkbar.

Das Haus nimmt nunmehr die

### Ablimmungen

über den Haushalt des Innenministeriums. Die von den Kommunisten beantragte Streichung des Ministergehalts wird abgelehnt, ebenso gegen Staatsdemokraten und Kommunisten das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen Minister v. Renell. Die Demokraten stimmen gegen den Mißtrauensantrag, weil seine Veranlassung vorliege in so kurzen Abständen wie bei den letzten Mißtrauensabstimmungen vertrittenden, ist abgelehnt zu wiederholen.

Danach werden noch zahlreiche kommunistische Währungsanträge abgelehnt. Der Haushalt selbst wird in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen.

Nach längerer Debatte wird der Haushalt des Außenministeriums abgelehnt. Ein vollständiger Antrag auf Streichung des Ministergehalts wird abgelehnt. Ebenso ein kommunistischer Mißtrauensantrag, bei dem die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten.

Danach nimmt das Haus, noch den Etat des Verkehrsministeriums in Angriff. Minister Dr. Koch hält dabei eine Rede über die Wasserstraßenpolitik der Regierung.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Einigung über das Arbeitszeitgesetz.

Kompromiß der Regierungsparteien.

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hat seine Beratungen über das Arbeitszeitgesetz abgeschlossen und ein Kompromiß vereinbart, dessen Wortlaut von einer Unterkommision formuliert wird. Neben den Unterhändlern der Fraktionen nahm auch Reichsarbeitsminister Dr. Braun an den Beratungen teil.

Wie verlautet, soll das grundsätzliche Verbot jeder freiwilligen Mehrarbeit aufgehoben und diese in einzelnen Fällen wieder zugelassen werden, so z. B. wenn die Nichtfertigstellung angefangener Arbeiten wirtschaftliche Schäden mit sich bringt. Der Lohnzuschlag soll bei Mehrarbeit 25 v. H. nur dann betragen, wenn keine anderen Vereinbarungen vorliegen. Da die Regierungsparteien über ihre Vereinbarungen Stillstände bewahren, ist die Möglichkeit ihrer Darstellung natürlich nicht nachzuprüfen.

## Entspannung im Balkankonflikt.

Keine Einberufung des Völkerbundes.

Im Balkankonflikt ist eine Entspannung eingetreten, die dazu führen dürfte, daß der italienisch-südflawische Konflikt durch die Mächte beigelegt wird. Eine Einberufung des Völkerbundes wird unter diesen Umständen für überflüssig erklärt.

Die Entspannung wird auf einen Besuch des italienischen Botschafters und des südflawischen Gesandten in Paris bei Briand zurückgeführt, in dem beide wichtige Versicherungen abgaben. Der südflawische Vertreter erklärte, seine Regierung sei mit jeder Untersuchung einverstanden, die die italienischen Anschuldigungen widerlegen sollte, und der italienische Botschafter dankte Briand für seine Bemühungen und versicherte, Italien werde nichts unternehmen, was den Konflikt verschärfen könne.

Eines Tages wurde Herrn Brömel eine Deputation der Arbeiter gemeldet, die ihm die Wünsche der Arbeiter kundtat.

Sie forderten erhöhten Lohn und die Anstellung ihres „Kollegen“ Seebinger.

Herr Brömel antwortete, die Entscheidung darüber liege in Hüdtigers Händen, sie müßten warten, bis er zurückkehre. Ein Bescheid, der mit Murren entgegengenommen wurde.

Brömel telegraphierte an Hüdtiger. Aber die Antwort lautete, Hüdtiger sei momentan unabkömmlich, wisse auch nicht, wann er zurückkehren könne. Im übrigen sei mit Energie vorzugehen. Möglicherweise seien die Störenfriede auszusperren oder andere Arbeiter aus Stilletermark zu rekrutieren.

Gerade das aber wollte Brömel vermeiden, da er wußte, es werde nur neuerdings böses Blut machen. In seiner Bedrängnis wandte er sich an den Fürsten.

Weider war dieser gar nicht geeignet, die Situation zu mildern.

So gut er unter Umständen sein konnte, so eigenstümlich, herrlich und autoritärisch gab er sich, wenn übernahm.

Außerdem war er sehr schlechter Laune, denn sein Hüdtiger schien, wie ihm der Zufall mitgeteilt hatte, abermals eine ungünstige Wendung zu nehmen.

In dieser Stimmung war ihm Brömel's Beschwerde gerade nur recht als Ventil, seiner schlammigen Laune ein wenig Luft zu machen. Er beschloß, selbst nach der Fabrik zu fahren, um den Leuten, „einmal den Herrn zu sehen.“

Magelone, die sich neuesten sehr bemühte, sich in seine Gunst einzuschmeicheln, bestärkte ihn darin, gerader mit Hüdtiger's Abreise überschüttete sie ihren Schmutz mit Aufmerksamkeit, las ihm vor, fuhr mit ihm spazieren und drängte dadurch Do in den Hintergrund.

(Fortsetzung folgt.)



